

Würde ist unteilbar – Bündnis für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen

Den aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung „Zur Stärkung der Tarifautonomie“ und die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro begrüßen wir ausdrücklich.

Der Mindestlohn wird die Lebenssituation von über 5 Millionen Menschen verbessern. Mit der Einführung des Mindestlohns findet auch ein Kulturwandel in der Gesellschaft seinen Ausdruck:

Die Arbeit des oder der Einzelnen wird wertgeschätzt und deswegen erstmalig an ein Mindestniveau gebunden. Das Mindestlohniveau von 8,50 Euro beseitigt dabei nicht den gesamten Niedriglohnsektor, da die Niedriglohnschwelle bei zwei Drittel des mittleren Stundenlohns, also 9,30

Euro, liegt. Insofern muss die Erhöhung des Mindestlohns deutlich vor 2018 erfolgen.

Die 8,50 Euro ist also die unterste Schwelle und darf nicht noch zusätzlich unterschritten werden.

Auch deshalb lehnen wir die geplanten Ausnahmen vom Mindestlohn für Jugendliche und Langzeitarbeitslose ab und fordern die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat auf, diese

Ausnahmen zu streichen. Insbesondere Jugendliche und Langzeitarbeitslose unterliegen einem besonderen Schutzbedürfnis, da sie auf dem Arbeitsmarkt in einer verhältnismäßig schwachen Verhandlungsposition sind. Für die gleiche Arbeitsleistung sollen diese Menschen aufgrund ihres Status schlechter gestellt werden. Das ist ein verheerendes gesellschaftspolitisches Signal - ein Rückschritt - weil es die Arbeitsleistung dieser Menschen als minderwertig feilbietet.

Diese Ausnahmen wirken auf Jugendliche und Langzeitarbeitslose diskriminierend, stigmatisierend, demütigend und sind mit unserem Verfassungsrecht nicht vereinbar.

Junge Menschen werden nicht auf eine Ausbildung verzichten, weil es einen Mindestlohn gibt.

Die unterschiedlichen Verdienstmöglichkeiten zwischen einem Arbeitsverhältnis und einem Ausbildungsverhältnis sind heute schon eklatant und dennoch wissen die jungen Menschen nur zu

gut, dass eine gute Ausbildung eine gute Berufs- und Einkommensperspektive eröffnet. Damit junge Menschen die Chancen haben in eine Ausbildung zu gehen, bedarf es eines ausreichenden Angebotes an Ausbildungsplätzen. Ausbildung sollte aus gesellschaftlicher Sicht immer Vorrang haben, und die Arbeitgeber müssen mehr in die Pflicht genommen werden.

Hungerlöhne weit unter 8,50 Euro haben trotz guter Arbeitsmarktlage in den letzten Jahren nicht zu besseren Arbeitsmarktchancen für Langzeitarbeitslose geführt. Zukünftig könnten Arbeitgeber vermehrt Langzeitarbeitslose in einem rollierenden System für höchstens sechs Monate befristet einstellen, um den Mindestlohn dauerhaft zu umgehen. Ein solcher Drehtüreffekt bedeutet heuern und feuern und belässt die Beschäftigten in Armut trotz Arbeit. Wir lehnen Niedrigstlöhne für Langzeitarbeitslose als Wettbewerbsvorteil gegenüber Arbeitssuchenden mit Mindestlohnanspruch ab. Unterbietungskonkurrenz ist kein akzeptables Instrument zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Will man den Langzeitarbeitslosen helfen, dann müssen insbesondere hochwertige

Weiterbildungsmaßnahmen, die zu verwertbaren Abschlüssen und sozialversicherungspflichtiger

Beschäftigung führen, und individuelle Hilfen angeboten werden.

Der Mindestlohn ist Ausdruck einer gesellschaftspolitischen Werthaltung darüber, was ein Mensch für seine Arbeit mindestens verdienen muss. Ausnahmen vom Mindestlohn widersprechen insofern der Idee und dem Ziel des Mindestlohns selbst.

Die Ausnahmen erhalten einen Teil des Niedriglohnssektors aufrecht, der statusbezogen ist:

Jugendliche und Langzeitarbeitslose für 6 Monate. Damit werden Anreize für Lohndumping gesetzt, indem sozialversicherungspflichtige und tariflich gut bezahlte Arbeit verdrängt wird.

Grundsätzlich ist in Tarifverträgen tarifliche beziehungsweise keine geringere Bezahlung für Jugendliche und Langzeitarbeitslose vorgesehen. Die Ausnahmen können also nur in Unternehmen zur Anwendung kommen, die nicht tarifgebunden sind. Damit wird erneut eine Tür zum Lohndumping und zur Tariffucht eröffnet, um Lohnkostenvorteile zu verschaffen. Mit diesen Ausnahmeregelungen wird das Tarifvertragssystem nicht gestärkt, sondern geschwächt und das widerspricht dem zentralen Ziel des Gesetzespakets, das Tarifvertragssystem insgesamt wieder stärken zu wollen.

Um die Umgehung vom Mindestlohn zu verhindern, ist auch die uneingeschränkte Generalunternehmerhaftung unabdingbar. Wenn ein Auftragnehmer einen Unterauftragnehmer beauftragt, muss entlang der gesamten Auftragskette sichergestellt sein, dass der Mindestlohn eingehalten wird.

Sehr geehrte Damen und Herren der Bundesregierung, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, halten Sie am Ziel des Gesetzes fest: „...Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unangemessen niedrigen Löhnen zu schützen“ und das Tarifvertragssystem zu stärken. Streichen Sie diese Ausnahmen vom Mindestlohn und schließen Sie alle Schlupflöcher. Das Lohndumping muss ein Ende haben. Denn Würde ist unteilbar!

Damit wir unseren Forderungen noch einmal kräftig Nachdruck verleihen, rufen wir auf zur

Kundgebung am 30.06. 10 Uhr zwischen Paul-Löbe-Haus und Kanzleramt

anlässlich der Anhörung zum Mindestlohngesetz im Ausschuss A&S

Mindestlohn für alle, jetzt. Würde kennt keine Ausnahmen.

Kontakt Bündnispartner



AbL – Die bäuerliche Interessenvertretung

Bahnhofstraße 31
59065 Hamm



ALSO Oldenburg

Donnerschwer Straße 55
26123 Oldenburg



Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V.

Blücherstraße 62/63
10961 Berlin



Deutscher Bundesjugendring

Mühlendamm 3
10178 Berlin



Deutscher Frauenrat

Axel-Springer-Straße 54a
10117 Berlin



Deutscher Gewerkschaftsbund

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



DGB Gewerkschaftsjugend

Henriette-Herz-Platz 2
0178 Berlin

Diakonie Deutschland

Diakone Deutschland

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin



Evangelischer Fachverband für
Arbeit und soziale Integration e.V.

Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e. V.

Gottfried-Keller-Straße 18 c
70435 Stuttgart



Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Luisenstraße 38
10117 Berlin



Katholische Arbeitnehmer-Bewegung

Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln

Erwerbslosen Forum Deutschland - Nationale Armutskonferenz in der BRD

Schickgasse 3
53117 Bonn

Evangelische Obdachlosenhilfe in Deutschland e.V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V.
Koordinierungsstelle gewerkschaftliche
Arbeitslosengruppen

Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin



Naturfreunde Deutschland e.V.

Warschauer Straße 58a/59a
10243 Berlin



Sozialverband Deutschland e.V.

Stralauer Straße 63

10179 Berlin

Tacheles e.V.

Rudolfstraße 125

042285 Wuppertal



***Vereinigung
Demokratischer
Juristinnen und
Juristen e.V.***

**Vereinigung demokratischer Juristinnen
und Juristen e.V.**

St-Anton-Straße 116

47798 Krefeld



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Paula-Thiede-Ufer 10

10179 Berlin